

Gartenau St.Leonhard bei Salzburg am 21. Februar 2011

Sozialversicherungsanstalt
der gewerblichen Wirtschaft

Auerspergstraße 24
A-5020 Salzburg

Verpflichtungserklärung zur Kündigung der Pensionsversicherung

Ich - Roland Mösl - geboren am 9 Juli 1958 in Innsbruck - verpflichte mich hiermit den Staat Österreich und alle seine Institutionen von allen Kosten frei zu halten, die auftreten könnten, wenn ich nicht mehr in der Lage bin, für meinen Lebensunterhalt selbst aufzukommen.

Sollte der Fall eintreten, daß ich nicht mehr in der Lage bin für meinen Lebensunterhalt aufzukommen, so verpflichte ich mich umgehend, das heißt innerhalb von 3 Wochen das große Fest zu feiern.

Aufgrund meiner Verpflichtungserklärung zur Kündigung der Pensionsversicherung sind alle bisher eingezahlten Beiträge wie folgt zu verwenden:

- 1.) 5000,-EUR für das große Fest und meine anschließend nötige Beerdigung
- 2.) Bezahlung meiner Krankenversicherung

Nach meiner Schätzung müßten meine bereits eingezahlten Beiträge zur Pensionsversicherung noch mehrere Jahre ausreichen meine Krankenversicherung zu bezahlen. Ich bitte daher:

- 1.) Umgehende Beendigung des Gerichtsverfahrens gegen mich, weil ich die Pensionsversicherung nicht zahlen konnte
- 2.) Berechnung meines Guthabens, nach Abzug der Rücklage für das große Fest und der Bezahlung meiner Krankenversicherung

Es ist sehr bedauerlich, daß mir das herrschende System keine andere Wahl läßt, als diese Verpflichtungserklärung zu unterzeichnen um meine Existenz zu sichern. Peter Allan Fields hat in „Half a Life“ die Vorstellung von einer Horrorzivilisation geschaffen, wo alle das große Fest mit 60 feiern, nur um den nicht mehr bezahlbaren Forderungen der „Sozialversicherung“ zu entgehen.

Österreich machte leider 1999 mit der Pflichtversicherung den Weg in diesen SF-Horror-zur Realität, zum schlimmsten Albtraum der mich seit 2002 verfolgt.

Mit größter Verachtung für ein unmenschliches System

Roland Mösl

Drachenlochstraße 1c/5
A-5083 Gartenau St.Leonhard

PS: Alle Sozialleistungen sollen in Zukunft über Steuern auf Ressourcen finanziert werden.